

***Campesinos* und Indigene**

Hans-Jürgen Brandt

1. Der lange Weg zur Anerkennung der Indigenen

Die Wahrnehmung und Behandlung der Indigenen – der Nachkommen der Urbevölkerung Perus – durch die Mehrheitsgesellschaft des Landes spiegelt sich in den Verfassungen wider: Sie reicht von Ignoranz über Marginalisierung und Diskriminierung bis hin zur Akzeptanz als Individuen und Völker mit eigenen Rechten.

Die peruanische Nation wird von dem seit 1993 geltenden Grundgesetz als “pluriethnisch und multikulturell” definiert. Sie setzt sich zusammen aus Quechua und Aymara sprechenden Nachfahren der präkolumbischen Kulturen in den Anden, Amazonasvölkern, Abkömmlingen der spanischen Eroberer, Mestizen, Afroperuanern und weiteren Einwanderern aus der ganzen Welt, vor allem aus Europa und Asien. Der Staat ist verpflichtet, diese Diversität anzuerkennen und die kulturelle Identität seiner Bürger zu schützen. Als offizielle Sprachen werden neben dem Spanischen die Sprachen der Indigenen in den Gebieten anerkannt, in denen sie vorherrschen (Art. 48). Damit vollzieht die Verfassung einen Wandel in der bis dahin geltenden Rechtsstellung der Indigenen, der einer veränderten Wahrnehmung in der Gesellschaft entspricht.

In den vorangegangenen Verfassungen Perus wurden die Indigenen entweder ignoriert oder politisch und kulturell marginalisiert. Die paternalistische und diskriminierende Wahrnehmung der Indigenen zeigte sich besonders deutlich im Strafrecht: Von 1924 bis zur Strafrechtsreform 1991 differenzierte das Strafgesetzbuch Perus zwischen drei Gruppen von Peruanern: 1.) den “Zivilisierten”, 2.) den “halbzivilisierten” Indigenen des Andengebietes (*sierra*) und 3.) den im Amazonasgebiet (*selva*) lebenden “Wilden”. Die “Halbzivilisierten” wurden strafrechtlich als eingeschränkt verantwortlich betrachtet, entsprechend ihrer “mental Entwicklung”, dem “Grad ihrer Kultur” und ihrer Gewohnheiten. Dagegen sollten straffällige “Wilde”, die als “unzurechnungsfähig” klassifiziert wurden, bis zu ihrer “Zivilisierung” in Lagern interniert werden. Dieses rassistische Modell von zivilisierten Weißen, nicht zivilisierten Indios und Mestizen, die

als *cholos* beschimpft wurden (d.h. Mischlinge, die in der städtischen Gesellschaft leben), bestimmte lange Zeit die in den Oberschichten vorherrschende Wahrnehmung.

In den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts setzte in politischen und intellektuellen Kreisen eine Neuorientierung ein, die sich von den rassistischen Vorurteilen abgrenzt, die indigenen Hochkulturen der Vorkolonialzeit wieder ins Bewusstsein ruft, das Modell der Verschmelzung der Kulturen in einer Nation (*mestizaje*) infrage stellt und die politische Selbstbestimmung der Indigenen anstrebt. Der Nationalstaat, in dem die kolonialen Praktiken des Ausschlusses und der Diskriminierung der Indigenen reproduziert und die Macht der politischen Eliten perpetuiert werden, gerät immer stärker in die Krise, weil sich die sozioökonomische Lage der Indigenen kaum verbessert und in scharfem Kontrast zu den Idealen der Verfassung steht. Die Schlussfolgerungen des 1. Kongresses der Indigenen Bewegungen Südamerikas 1980 in Cuzco, auf die Hurtado Pozo (2001: 40) aufmerksam macht, geben diese Einstellung wieder:

Wir nennen uns Indios – mit diesem Namen haben sie uns fünf Jahrhunderte unterjocht und mit diesem Namen müssen wir uns befreien. [...] Die indigenen Völker sind Nachfahren der ersten Bewohner des Kontinents; wir haben eine gemeinsame Geschichte, eine eigene ethnische Persönlichkeit, eine kosmische Konzeption des Lebens und des Universums, und als Erben einer Jahrtausende alten Kultur, nach fünf Jahrhunderten der Trennung, sind wir erneut vereint, um unsere Befreiung vom kolonialistischen, okzidental System zu fördern. (Übersetzung: Hans-Jürgen Brandt)

Mit der Veränderung der Wahrnehmung der Indigenen in der Nationalgesellschaft korrespondiert eine Veränderung der Rechtspositionen: Während in den Verfassungen von 1920 und 1933 als indigene *comunidades* lediglich die Dorfgemeinschaften der *sierra* und der Küstenregion verstanden und die Indigenen des Amazonasgebietes ignoriert wurden, erlebten die Amazonasvölker erstmals 1974 eine gesetzliche Anerkennung (*Ley* No. 20653), indem den registrierten *comunidades nativas* eine eigene Rechtspersönlichkeit verliehen wurde. Konsequenz wurde in der darauf folgenden Verfassung von 1979 von Dorfgemeinschaften der *campesinos* und *nativos* gesprochen, d.h. erstmals wurden die Ureinwohner des Amazonasgebietes auch in das Verfassungsrecht einbezogen. Seitdem existieren zwei unterschiedliche Arten von *comunidades*: Die der *sierra* und der *costa* (*comunidades campesinas*) und die des Amazonasgebietes (*comunidades nativas*).

Die von der Verfassung von 1993 geforderte gesellschaftliche Akzeptanz der Multikulturalität bleibt jedoch bis heute ein unerfüllter Anspruch. Rassistische und ethnozentrische Vorstellungen sind in den Mittel- und Oberschichten nach wie vor weit verbreitet.

In der politischen Diskussion des Landes wird zunehmend gefordert, das Konzept der multikulturellen Gesellschaft durch das Konzept der Interkulturalität zu ersetzen, das über die bloße Koexistenz verschiedener Kulturen in einer Gesellschaft hinausgeht und eine Interaktion zwischen ihnen anstrebt. Die Interkulturalität soll sich in der Realisierung der Rechte der indigenen Völker manifestieren: Auf zweisprachige Erziehung, politische Partizipation, Beibehaltung der kommunalen sozialen Organisation etc. Ein konkretes Beispiel ist das Konzept der Interkulturellen Justiz, das der Oberste Gerichtshof von Peru (*Corte Suprema*) seit 2010 umsetzt und das die Anerkennung eines Rechtspluralismus beinhaltet, d.h. die Existenz von indigenen Rechtssystemen neben dem staatlichen Recht, die Autonomie der indigenen Gerichtsbarkeit und den institutionalisierten Dialog zwischen den Repräsentanten der Justizsysteme (Brandt 2013).

2. *Campesinos* und Indigene

2.1 Ethnische Gruppen

Peru ist mit rund 28,2 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land des Andenraums, mit einem hohen Anteil von Indigenen. Die Größe dieses Anteils ist jedoch schwer zu bestimmen. Dies hängt mit der Definition und dem Fehlen statistischer Daten zusammen.

Nach dem Übereinkommen 169 der *International Labor Organization* (ILO) "über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern", das von Peru 1994 ratifiziert wurde, werden diejenigen Völker als indigen verstanden, die

[...] von Bevölkerungsgruppen abstammen, die in dem Land [...] zur Zeit der Eroberung oder Kolonisierung [...] ansässig waren und die [...] einige oder alle ihrer traditionellen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einrichtungen beibehalten. (Art. 1, Nr. 1 b)

Die indigene Identität wird als entscheidendes Abgrenzungskriterium angesehen (Art. 1, Nr. 2). Die Indigenität ist somit ein Konstrukt, eine "soziale Kategorie auf der Grundlage von Eigen- und Fremdzuschreibungen"

(Speiser 2004). Die eigene Wahrnehmung ist jedoch problematisch, weil sie von sozialen und historischen Erfahrungen beeinflusst wird. Wenn aus rassistischen Einstellungen die 'weiße' Hautfarbe mit der Oberschicht verbunden und die 'indigene' Erscheinung dagegen mit der Zugehörigkeit zu Unterschichten assoziiert wird, dann ist verständlich, dass viele Personen versuchen, sich sozial 'aufzuwerten', indem sie ihre indigene Herkunft negieren. Die meisten Andenbewohner und ihre in die Städte migrierten Verwandten definieren sich nicht als Indigene, auch wenn sie die Merkmale von Angehörigen eines indigenen Volkes in sich vereinigen, wie Sprache, Musik, Tänze, Feste oder Kosmovision. Verbreitet sind in den Anden hingegen die Selbstdefinitionen 'Quechua', 'Aymara' oder 'campesino'. Als 'Indio' will niemand mehr bezeichnet werden, weil dieses Wort jahrhundertlang von der Mehrheitsgesellschaft als Schimpfwort benutzt wurde. Deshalb wurde der 'Tag des Indio', der jährlich am 24. Juni gefeiert wird, im Jahre 1969 von der linken Militärregierung des Generals Juan Velasco Alvarado im Zuge der Agrarreform in den 'Tag des Campesino' umbenannt.

Der Begriff *campesino* ist weiter gefasst als der Begriff Indigene. Er schließt alle Angehörigen der Agrargesellschaft in den Anden ein, auch diejenigen, die – wie in Cajamarca oder Piura – keine indigene Sprache mehr sprechen. Die Abgrenzung zwischen *campesinos* und Indigenen ist jedoch – wie noch gezeigt werden wird – schwierig.

In den Bevölkerungsstatistiken des peruanischen Statistikamtes INEI (2009) werden nur die Amazonasvölker als Indigene bezeichnet. Sie leben an den tropischen Osthängen der Anden und im nahezu undurchdringlichen Regenwald des Amazonasbeckens (*selva*), in dem nur wenige Straßen existieren und die Flüsse die wichtigsten Verkehrswege bilden. Das riesige Gebiet macht 60 % der Fläche Perus aus, ist jedoch dünn besiedelt. Unter den lediglich 3,68 Millionen Bewohnern des Gebietes bilden die 333.000 Indigenen eine kleine Minderheit (9 %). Dies gilt umso mehr, wenn man sie mit der Gesamtbevölkerung Perus vergleicht. Dann beträgt ihr Anteil nur 0,9 %.

Die Amazonasvölker lassen sich in 13 linguistische Gruppen und 60 Ethnien einteilen.

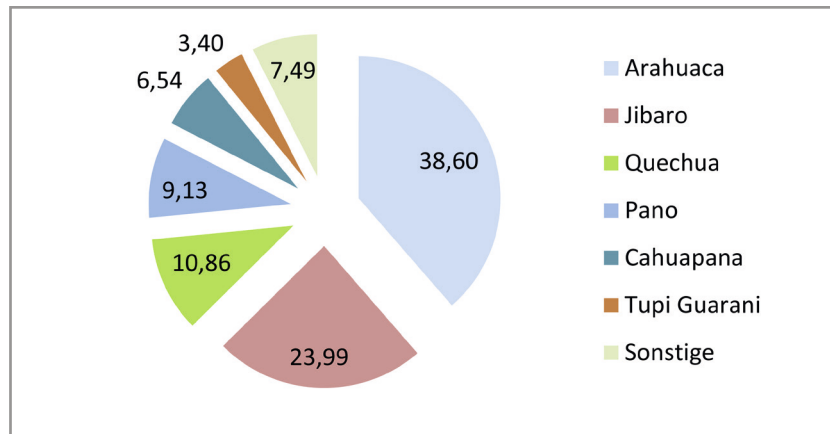


Abbildung 1: Amazonasvölker nach linguistischen Gruppen (in %) (N= 333.000, zusammengestellt nach Daten des INEI 2009).

Die größte ethnische Gruppe sind die Asháninka (26,6 %), die zu der Sprachfamilie der Arahauaca zählen, gefolgt von den Awajún mit 16,6 %, die Jíbaro sprechen, und den im Amazonasgebiet lebenden Quechua (10,9 %).

Hinzu kommen kleinere Gruppen, die infolge ihrer freiwilligen Isolation statistisch nicht registriert werden konnten. Ihre Zahl ist unbekannt. Es sind Völker, die sich entschieden haben, keinen Kontakt mit der übrigen Gesellschaft aufzunehmen. Sie leben verborgen im Amazonasurwald von Jagd, Fischfang und Subsistenzlandwirtschaft. Diese Ethnien sind extrem verletzlich und vom Aussterben bedroht. Sie verfügen über keinen Immunschutz gegen Krankheiten, die in der Gesamtgesellschaft alltäglich sind. Eine Ansteckung etwa durch Grippeviren, die von Fremden übertragen werden, löst schnell eine Epidemie aus. Durch den Straßenbau, den illegalen Holzabbau, die Erdöl- und Erdgasförderung, durch den Abenteuerismus etc. werden sie in ihrer Existenz gefährdet. Einige dieser Völker leben in einer Situation des 'Anfangskontaktes' mit der Gesamtgesellschaft, d.h. sie stehen in sporadischer Verbindung mit Missionaren, Anthropologen, Mitarbeitern der Gesundheitsverwaltung oder illegalen Holzfällern, lehnen aber einen permanenten Kontakt wegen negativer Erfahrungen ab.

Die *campesinos* des Andengebietes (*sierra*), die eine indigene Sprache sprechen, bilden die größten ethnischen Gruppen des Landes. Quechua

sprechen 13,2 % der Gesamtbevölkerung und Aymara 1,8 %. Wird lediglich die Gesamtheit der Indigenen als Bezugsgruppe gewählt, dann sind die Quechua mit 83 % (3,3 Mio.) die größte Ethnie, gefolgt von den Aymara (11 % bzw. 434.000). Ihre Lebenswelt wird durch die besonderen topographischen und klimatischen Bedingungen des Andenraums geprägt. Die *sierra* ist durch Bergzüge mit teils schneebedeckten Gipfeln, tiefe Täler und im Süden durch das Hochland (*altiplano*) mit dem Titicacasee gekennzeichnet. Die Durchschnittstemperaturen schwanken dort zwischen 5,7 Grad im Juli und 10,7 Grad im Januar. In den fruchtbaren Tälern und auf terrassierten, überwiegend steilen Hängen wird Landwirtschaft betrieben, auf Gras- und Steppenflächen Viehwirtschaft.

Muttersprache	Stadtbevölkerung	Landbevölkerung	% der Gesamtbevölkerung	% der Indigenen
Spanisch	90,5	62,3	83,9	
Quechua	8,1	30,1	13,2	83,2
Aymara	1,0	4,2	1,8	11,1
sonst. indig. Sprachen	0,2	3,2	0,9	5,7
Sonstige	0,2	0,2	0,2	
Gesamt	100	100	100	100

Abbildung 2: Ethnien in Peru 2007 (nach Muttersprache in %) (N= 28,2 Mio. Peruaner, zusammengestellt nach Daten des INEI 2008 und 2009).

Eine Bevölkerungsstatistik wie die hier dargestellte hängt davon ab, ob bei der Erhebung nach der Zugehörigkeit zu einer kulturellen/ethnischen Gruppe oder nach der Muttersprache gefragt wird. Während im Zensus von 1993 die Zugehörigkeit zu einer indigenen Ethnie noch mit ca. 35 % (7,8 Millionen) beziffert wurde, können nach dem letzten Zensus von 2007, in dem das *Instituto Nacional de Estadística e Informática* (INEI) lediglich nach der Muttersprache fragte, nur rund 16 % der Einwohner Perus und 38 % der Landbevölkerung als Indigene klassifiziert werden. Der Anteil der Indigenen an der Gesamtbevölkerung ist also deutlich höher, wenn statt der Sprache eine kulturell/ethnische Variable abgefragt wird.

Umstritten ist, ob die *campesinos* des peruanischen Andenraums grundsätzlich noch als Indigene bezeichnet werden können. Zwar pflegen sie noch ihre traditionelle Kultur, haben aber – wie beschrieben – ihre Identität als Indigene verloren. Golte weist darauf hin, dass die Mehrheit der Peruaner Vorfahren in präkolumbischen Epochen hat, dass kulturelle Gebräuche aus dieser Zeit in der Gesellschaft fortbestehen, dass die Bewohner der andinen Dorfgemeinschaften und die aus der *sierra* stammenden Migranten in den Städten in die peruanische Gesellschaft integriert seien und dass es deshalb keinen Sinn mache, auf sie die Begriffe ‘Indigene’, ‘Eingeborene’ (*nativos*) oder ‘Urvölker’ anzuwenden. Die Konvention 169 der ILO solle lediglich für die Amazonasvölker gelten (Golte 2011). Der alte Konflikt hinsichtlich der Definition, wer in Peru die ‘Indigenen’ und wer die ‘Mestizen’ sind, hat aktuelle Relevanz im Zuge der Ausgestaltung neuer Rechte der Indigenen erfahren. Aufgrund des im September 2011 erlassenen Gesetzes über die Konsultation der Indigenen bei Gesetzesvorhaben und Verwaltungsmaßnahmen, die sie direkt betreffen (*Ley del Derecho a la Consulta Previa*), muss klar sein, wen der Staat z.B. bei Bergbauprojekten zu befragen hat. Das Kulturministerium hat deshalb aufgrund einer Rechtsverordnung (*Resolución Ministerial* No. 202-2012) eine Direktive für die Schaffung einer “offiziellen Datenbank der indigenen Völker” erlassen. Entscheidend für die Anerkennung sind danach zwei ‘objektive’ Bedingungen: indigene Sprache und kommunaler Landbesitz. Beide gelten als Nachweis der ‘historischen Kontinuität’ der ethnischen Gemeinschaft seit den Zeiten vor Gründung des Staates Peru. Die Quechua und Aymara sprechende Landbevölkerung der Anden, die in *comunidades campesinas* lebt, wäre demnach als indigen zu klassifizieren, die *campesinos* der Andendepartamentos, die keine indigene Sprache mehr sprechen, wie z.B. in Piura oder Cajamarca, fallen dagegen nicht unter diese Kategorie. Mit dieser Definition ist ein scharfer Anerkennungskonflikt zwischen der Regierung und Verbänden der *campesinos* entstanden. Wegen ihrer politischen Brisanz ist die Datenbank der indigenen Völker von der Regierung monatelang unter Verschluss gehalten und erst nach einem Regierungswechsel, d.h. nach dem Amtsantritt von Premierminister César Villanueva, Ende Oktober 2013 auf der Webseite des Kulturministeriums veröffentlicht worden.

Die Begriffe *campesino* und ‘Indigener’ lassen sich nicht trennscharf abgrenzen. Als *campesinos* werden im Folgenden Kleinbauern bzw. Mitglieder von Dorfgemeinschaften der Anden mit landwirtschaftlicher Pro-

duktion verstanden, ohne Bezug zur Zugehörigkeit zu einer Ethnie. Sie bilden Gesellschaften mit eigener Kultur, die sich u.a. in ihren Riten, ihrer Musik, dem lokalen Gewohnheitsrecht und der kommunalen Justiz manifestiert. Die ehemaligen *campesinos* der Küstenregion dagegen haben infolge von Integration und Assimilation ihre traditionelle Kultur weitgehend verloren und sind deshalb nicht Gegenstand dieses Kapitels. Als 'Indigene' werden schließlich die Nachfahren der Inka sowie der von ihnen unterworfenen Völker – soweit sie Quechua oder Aymara sprechen – und die Amazonasvölker bezeichnet.

2.2 Sozioökonomische Entwicklung

Der Anteil der Landbevölkerung in Peru ist in den letzten 50 Jahren infolge der Migration in die Städte, insbesondere in die Küstenstädte und dort vor allem nach Lima, beständig gesunken: Während noch 1961 mehr als die Hälfte (52,6 %) der Bevölkerung auf dem Land lebte, ist es heute weniger als ein Viertel (24,1 % bzw. 6,6 Mio.). Drei Viertel der Peruaner (75,9 % bzw. 20,8 Mio.) leben nach dem letzten Zensus in den Städten, unter denen die Hauptstadt Lima mit mehr als 8 Millionen Einwohnern herausragt (INEI 2008).

Die wirtschaftliche Situation der Landbevölkerung ist größtenteils durch Armut gekennzeichnet. Noch immer werden 8 Millionen Peruaner als arm klassifiziert, von denen 1,9 Millionen in extremer Armut leben. Zwar konnte die Armutsrate von 2004 bis 2011 um rund ein Drittel auf 27,8 % der Gesamtbevölkerung gesenkt werden, die Armut ist jedoch regional ungleich verteilt. Sie ist in erster Linie ein Problem der Landbevölkerung der *sierra* und *selva* und damit vor allem der Indigenen und der *campesinos*: In den ländlichen Gebieten der Anden konnte die Zahl der Armen von 2004 bis 2011 zwar um ein Viertel auf nunmehr 62,3 % der Bevölkerung reduziert werden. Aber noch immer leben 49 % aller Armen des Landes und 71,3 % aller von extremer Armut betroffenen in der *sierra*. In den ruralen Gebieten der *selva* beträgt die Armutsrate 47 %. Betroffen sind auch hier vor allem die Indigenen (INEI 2012a).¹

¹ Als Arme werden vom *Instituto Nacional de Estadística e Informática* Personen definiert, die in Haushalten leben, deren Einnahmen pro Kopf nicht ausreichen, um einen Basis-Warenkorb von 650 Produkten der Grundversorgung zu decken (Lebensmittel, Wohnung, Kleidung, Ausbildung, Gesundheit, Transport etc. (INEI 2012b).

Gleichwohl sind in den letzten 20 Jahren bedeutende Fortschritte in der sozioökonomischen Situation der *campesinos* und Indigenen zu verzeichnen. Während bis 1994 die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Gebieten der *sierra* stagnierte, nahmen seitdem die Einkommen zu. Zwischen 2004 und 2012 stiegen sie um 5,9 % jährlich, mehr als in der städtischen Bevölkerung. Sie überstiegen sogar die Ausgaben, so dass die Familien theoretisch Rücklagen bilden konnten (Webb 2013). Dieser wirtschaftliche 'Boom' ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen, ausschlaggebend ist jedoch – Webb zufolge – die bessere Anbindung der Produzenten des ländlichen Raums an die Märkte infolge der enormen Erweiterung des Straßennetzes und des Vordringens der modernen Telekommunikationsmittel – Mobiltelefon, Fernsehen und Internet (Webb 2013). Dadurch wurde die Produktion stimuliert, bei gleichzeitiger Senkung der Kosten des Handels.

2.3 Organisationsformen

Im Folgenden werden die wichtigsten Basisorganisationen der *campesinos* und der Indigenen vorgestellt.

2.3.1. *Comunidades campesinas*

Im Jahre 2007 wurden 6.025 *comunidades campesinas* registriert (BID 2007), von denen sich über 70 % in der südlichen *sierra* befinden, die meisten in den *departamentos* Puno (22,4 %) und Cuzco (16,3 %).

Die Charakteristiken der *comunidades campesinas* werden nur vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung und der Beziehungen zwischen den Indigenen und dem Staat bzw. der Mehrheitsgesellschaft verständlich. Die *comunidades* haben bereits existiert, bevor die spanischen Kolonisatoren und später der Nationalstaat ihre innere Struktur regeln wollten. In der Struktur der heutigen *comunidades* lassen sich Elemente der vor-kolonialen andinen Dorfgemeinschaft (Quechua: *ayllu*) finden – wie z.B. eine kommunale Selbstverwaltung, gegenseitige Hilfsleistungen und Gemeinschaftsarbeiten (Quechua: *ayni*, *minga*) –, aber auch Strukturen, die die Spanier 1570 einführten, als sie die indianische Bevölkerung durch die Schaffung von 'Reduktionen' bzw. indianischen Dörfern (*Pueblos Indios*) vom Rest der Gesellschaft trennen wollten. Die innere Ordnung dieser Siedlungen wurde den ländlichen Organisationsstrukturen Kastiliens nachgebildet, mit Gemeindevorstehern (*alcaldes de vara*), Räten (*regidores*)

etc. Aus diesen Gemeinschaften haben sich historisch die heutigen *comunidades* entwickelt.

Die herrschende Legaldefinition der *comunidades campesinas* findet sich im Gesetz über die *comunidades campesinas* von 1987 (Art. 2, *Ley* No. 24656):

Die *comunidades campesinas* sind Organisationen des öffentlichen Interesses, mit rechtlicher Anerkennung und juristischer Persönlichkeit, die sich aus Familien zusammensetzen, die bestimmte Territorien bewohnen und kontrollieren und die durch althergebrachte, soziale, ökonomische und kulturelle Bindungen miteinander vernetzt sind, was sich im kommunalen Grundbesitz, der Gemeinschaftsarbeit, in der gegenseitigen Unterstützung, der demokratischen Selbstverwaltung [*gobierno*] und der Entwicklung multisektorialer Aktivitäten zeigt, deren Ziele sich an der vollständigen Verwirklichung ihrer Mitglieder und des Landes orientieren. (Übersetzung: Hanns-Jürgen Brandt)

Die Verfassung von 1979 regelte noch, dass die Ländereien der *comunidades* unveräußerlich, unpfändbar und ‘unverjährbar’ (*imprescriptible*) seien. Diese Regelungen wurden nur zum Teil in die gültige Verfassung von 1993 übernommen. Die Ländereien sind seitdem nicht mehr unveräußerlich und unpfändbar (vgl. Art. 89 Abs. 2). Der Staat wollte damit privatwirtschaftliche Investitionen in der Agrarwirtschaft fördern. Seitdem können die *comunidades campesinas* beschließen, Land an Dritte zu verkaufen oder es aufzuteilen und an die eingetragenen Mitglieder als Eigentum zu übertragen. Zwar sind heute die Flächen aller *comunidades* parzelliert und den Familien zur Bewirtschaftung überlassen worden, individuelle Eigentumstitel wurden jedoch selten vergeben. Zahlreiche *comunidades campesinas* sind noch immer nicht als Eigentümer ihres Landes registriert worden, obwohl der Staat seit der Verfassung von 1920 verpflichtet ist, das Eigentum der Dorfgemeinschaften zu schützen. Im Jahre 2007 fehlte noch die Einschreibung von 735 *comunidades* (12%) in den Katastern (BID 2007). Problematisch sind meistens die Grenzen der Territorien.

Die geltende Verfassung von 1993 bestimmt in Art. 88 Abs. 2, dass das “aufgegebene” Land der *comunidades* (*tierras abandonadas*), d.h. Land, das nicht bewirtschaftet wird, nicht geschützt ist. Dies hat zur Folge, dass es als öffentliches Eigentum vom Staat veräußert werden kann. Diese Regelung, die dem Staat erlaubt, sich kommunales Land anzueignen, berücksichtigt nicht die traditionelle Form der Bewirtschaftung, in der die Flächen zur Erholung für längere Zeit brach liegen gelassen werden. Darüber hinaus missachtet die Verfassungsnorm die spezielle Beziehung der indigenen

Völker zu ihrem Land. Das Territorium ist für sie von existentieller Bedeutung. Mit ihm sind nicht nur Eigentums- und Besitzrechte verbunden, vielmehr stellt es aufgrund der Kosmvision der *campesinos*, über Mythen, Gräber der Ahnen etc. die Projektionsfläche für ihre kulturelle Identität dar (Rathgeber 2004). Mit der Verfassungsänderung ist neuer Konfliktstoff geschaffen worden, weil seitdem Siedler oder Unternehmen häufig 'aufgegebenes' Land für sich reklamieren.

Die innere Ordnungsstruktur wird durch das zitierte Gesetz über *comunidades campesinas* und die besonderen Statuten jeder Dorfgemeinschaft bestimmt, in denen die Rechte und Pflichten der Mitglieder und der kommunalen Führungskräfte im Einzelnen festgelegt sind. Die *comunidades campesinas* werden durch folgende Selbstverwaltungsorgane regiert:

- Die *Asamblea General*: Die Vollversammlung ist das höchste Entscheidungsgremium der Gemeinschaft. Stimmberechtigt sind alle 'qualifizierten' Mitglieder, d.h. die volljährigen *comuneros*, die in der *comunidad* leben und in das Mitgliederverzeichnis (*padrón comunal*) eingetragen sind. In der *asamblea* werden die kommunalen Führungskräfte der Gemeinschaft gewählt, die wichtigsten Probleme behandelt und auf der Grundlage des indigenen Gewohnheitsrechtes Konflikte gelöst und Straftäter bestraft (Brandt 2013).
- Die *Directiva Comunal*: Der Dorfvorstand ist das verantwortliche Leitungsorgan. Er besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Sekretär, dem Schatzmeister und weiteren Sekretären, die von der *asamblea* bestellt werden.
- Der Präsident: Er ist die höchste Autorität der Dorfgemeinschaft. Er leitet die Vollversammlungen und die Sitzungen des Vorstandes und löst als Repräsentant der *campesino*-Justiz kleinere Konfliktfälle.
- Komitees: Sie werden für bestimmte Aufgaben gebildet, wie Bewässerung, Feldwirtschaft, Viehwirtschaft, Trinkwasser, Elektrifizierung etc. Besondere Komitees der Dorfgemeinschaft bilden die *rondas campesinas*, die für die Sicherheit und Strafverfolgung zuständig sind.

Viele *comunidades campesinas* befinden sich in einer strukturellen Krise, die sich auf die innere Ordnung und den sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft auswirkt. Zu den Ursachen zählt zunächst die Gewalterfahrung der *campesinos* der Anden in der Zeit zwischen 1980 und 2000,

als die Guerillaorganisation *Sendero Luminoso* (*Partido Comunista del Perú* PCP-SL) mit Terrorakten einen politischen Umsturz versuchte und vom Militär ebenso brutal bekämpft wurde. Die *comunidades campesinas* bildeten den zentralen Schauplatz der gewaltsamen Auseinandersetzungen. Neben den rund 70.000 Todesopfern, von denen 75 % Indigene – vor allem Quechua – waren (CVR 2003), sind wesentliche Folgen des Konflikts:

- Die Entvölkerung der *comunidades* durch Migration ihrer Mitglieder in die Städte. Dort passten sich die Migranten den sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten an, ihre Einstellungen, Verhaltensweisen und Erwartungshaltungen veränderten sich.
- Die Rückkehr eines Teils der Migranten seit 2000, nach der Zerschlagung der Guerilla. Zwischen den in den Dörfern verbliebenen 'Widerständlern' und den Rückkehrern entstanden Spannungen, weil die ehemaligen Migranten nicht die Absicht hatten, den status quo ante der *comunidad* wiederherzustellen, sondern Elemente des urbanen Lebens (z.B. Elektrifizierung, Konsum) in die dörflichen Gemeinschaften einführen wollten.

Die gestiegene Integration der *comunidades* in den regionalen und nationalen Markt verstärkte die ökonomische Orientierung der *campesinos*. Einzelnen Familien gelang es, ihre Produkte besser zu vermarkten als anderen. Dadurch ging die ökonomische Gleichrangigkeit der Mitglieder der *comunidades* verloren, neue soziale Schichten bildeten sich heraus (Castillo Fernández 2004).

Eine weitere Ursache für die Transformation des sozialen Lebens in den Dorfgemeinschaften ist die Expansion des Bildungssystems seit den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Nach und nach konnten auch in ländlichen Gebieten überall Schulen eingerichtet werden, wenn auch mit zahlreichen Defiziten. Die Lehrer – zum großen Teil mit urbaner Sozialisation – vermitteln den Kindern neue Perspektiven, traditionelle Normen werden hinterfragt. Die Analphabetenrate unter den *campesinos* (mit indigener Muttersprache) und den *nativos* reduzierte sich von 31 % (1993) auf 23 % im Jahre 2007. Unter den 15- bis 19-Jährigen, beträgt sie nur noch 3,3 % (INEI 2008). Für Führungspositionen in den Dorfgemeinschaften ist mittlerweile der Schulabschluss unumgänglich.

Schließlich wird die Realität durch das Vordringen der Medien, insbesondere des Fernsehens, beeinflusst. Die urbane Lebenswelt wird mit

ihren Ansprüchen und Illusionen durch TV-Serien (*telenovelas*) in die ruralen Gesellschaften projiziert. Das Internet ist in allen Distriktstädten in Internet-Cafés verfügbar und wird vor allem von den Jüngeren genutzt. Die meisten Familien – auch in ländlichen Gebieten – verfügen über Mobiltelefone, mit denen sie Kontakt zu ihren Verwandten in den Städten pflegen. Hierdurch wird allmählich die kulturelle Bresche zwischen Land und Stadt überwunden.

Diese Faktoren führen zu einem sozialen Wandel, der sich in einer Abschwächung der traditionellen Clanbeziehungen bemerkbar macht, ferner im Vordringen individueller, familienbezogener Interessen und Rechte zu Lasten der kollektiven Rechte und Pflichten – wie z.B. der Teilnahme an Gemeinschaftsarbeiten. Eine Konsequenz daraus ist die latente Gefahr einer Desorganisation der kommunalen Selbstverwaltung. Andererseits lässt sich eine Stärkung der Rechte der Frauen und eine höhere Sensibilität für die Problematik der häuslichen Gewalt und des Schutzes der Opfer feststellen (Brandt 2013).

Die Entwicklung der Organisationen der *campesinos* vollzieht sich jedoch nicht linear. Sie ist komplex und durch Gegentrends gekennzeichnet. Dies zeigt sich in einer Wiederbelebung des indigenen Diskurses durch viele Repräsentanten, die sich – unabhängig davon, ob sie eine indigene Sprache sprechen oder nicht – als ‘Erben der Inka’ und als Teil der indigenen Bevölkerung definieren. Zu diesem neuen Gegentrend haben mehrere Einflüsse beigetragen, wie die politische Entwicklung in Bolivien, das erstmalig von einem indigenen Präsidenten regiert wird, ferner die Verfassung Ecuadors von 2008, die neue kollektive Rechte der Indigenen festschreibt, das Selbstbewusstsein indigener Interessenvertretungen in Ecuador oder auch internationale Organisationen, die Mittel für die Durchführung von Förderprogrammen speziell für Indigene anbieten. Es kann sich für Repräsentanten indigener Organisationen lohnen, sich diesem Trend anzupassen und einen Diskurs zu pflegen, der den Kriterien der Vergabe von Projektmitteln entspricht.

Schließlich ist aber auch festzustellen, dass der Einfluss von urbaner Kultur und Marktwirtschaft aufgrund besonderer wirtschaftlicher Notwendigkeiten nicht alle Facetten der inneren Ordnung der *comunidades* säkularisiert hat. Jürgen Golte (2001) hat gezeigt, dass die soziale und wirtschaftliche Organisation der *comunidades* – die Reziprozität in den Nachbarschaftsbeziehungen – auf den komplexen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen der Anden basiert. Die arbeitsintensiven Pro-

duktionsbedingungen erfordern kollektive Kooperationsformen der Familien, weil ihre eigene Arbeitskraft allein nicht ausreicht, um ihre Felder zu bewirtschaften.

2.3.2 *Comunidades nativas*

Nach der Legaldefinition haben die

Comunidades nativas ihren Ursprung in Stammesgruppen des Urwaldes und des Urwaldrandes und werden durch Familieneinheiten konstituiert, die durch folgende Elemente miteinander verbunden sind: Sprache oder Dialekt, kulturelle und soziale Charakteristiken, gemeinsamer und permanenter Besitz und Nutzung eines Territoriums, mit Kernsiedlungen oder dispersen Niederlassungen. (Art. 8, Gesetz über die *comunidades nativas* und die Förderung der Landwirtschaft der Urwaldgebiete [...], *Decreto Ley* No. 22175 von 1978, Übersetzung: Hans-Jürgen Brandt)

Dem letzten Zensus zufolge existieren im peruanischen Amazonasgebiet 1.789 *comunidades nativas*. Sie sind überwiegend in den Amazonasdepartamentos Loreto (39,9 %) und Ucayali (17,2 %) angesiedelt (INEI 2009).

Ein noch nicht gelöstes Problem ist – ähnlich wie bei den *comunidades campesinas* – das Eigentumsrecht vieler *comunidades nativas* an ihren Territorien. Von den bereits registrierten *comunidades* waren bis 2007 noch 234 (13 %) nicht durch Eigentumstitel geschützt (BID 2007). Problematisch sind auch hier die Grenzverläufe und die teils widerrechtliche Nutzung der Territorien durch Siedler, sogenannte *colonos* (i. d. R. ehemalige *campesinos* aus der *sierra*). Mit dem zitierten Gesetz über die *comunidades nativas* wurde eine Einschränkung ihrer Rechte an den Waldflächen vorgenommen. Diese sind seitdem nicht Eigentum der *comunidades*, vielmehr haben die Indigenen an ihnen lediglich ein Nutzungsrecht (Art. 11, *Decreto Ley* No. 22175). Dies führt zu Konflikten mit Unternehmen, die Tropenholz einschlagen oder Petroleum beziehungsweise Erdgas fördern (siehe Artikel „Soziale Konflikte“ in diesem Band). Problematisch ist auch die de facto unklare Rechtsposition jener indigenen Völker, die in ‘freiwilliger Isolation’ im Urwald des Amazonasgebietes leben. Der Staat ist nach Art. 14 des Übereinkommens 169 der ILO verpflichtet, das Eigentums- und Besitzrecht über die Territorien, in denen diese Völker traditionell leben, anzuerkennen. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass die gewohnheitsrechtliche Nutzung von Flächen ausreicht, damit das Eigentumsrecht der *comunidades* offiziell anerkannt wird. Der Staat hat demnach alle legislativen und administrativen Maßnahmen

zu ergreifen, um die Grenzziehung und Eintragung des Eigentums der *comunidades* zu gewährleisten (Corte IDH 2001, Nr. 164). Der peruanische Staat kommt dieser Verpflichtung jedoch nicht nach. Vielmehr wird die unklare Rechtssituation ausgenutzt, um privaten Unternehmen Territorien der Indigenen zur Ausbeutung der Naturressourcen zu übertragen.

Die Organisationsstruktur der *comunidades nativas* wurde im *Reglamento* des zitierten Gesetzes (D.S. No. 003-79/AA) festgelegt. Sie ähnelt der Struktur der *comunidades campesinas*:

- *Asamblea General*: Die Vollversammlung setzt sich aus den eingetragenen Mitgliedern zusammen und bildet die höchste Entscheidungsebene der *comunidad*.
- *Junta Directiva*: Der Vorstand ist für die alltäglichen Geschäfte und die Verwaltung zuständig und besteht aus:
 - dem Leiter (*jefe*), der die *comunidad* in allen wirtschaftlichen und rechtlichen Angelegenheiten repräsentiert,
 - dem Sekretär, der die Aktenbücher und das Mitgliederregister führt,
 - dem Kassenwart, der für die Finanzen und das Vermögen der *comunidad* zuständig ist
 - sowie weiteren Sekretären, die von der *asamblea* bei Bedarf ernannt werden, z.B. für Produktion, Handel etc.

Ähnlich den *comunidades campesinas* ist auch bei den indigenen Ethnien des Amazonasgebietes zwischen dem eigenen, indigenen Rechtssystem – das auf dem Gewohnheitsrecht und den Entscheidungen der *Asamblea* beruht – einerseits und dem staatlichen Recht andererseits zu differenzieren. Zwar unterscheiden sich die internen Normen der Amazonasvölker im Kontext ihrer Kulturen, die gesetzlichen Vorgaben zur Organisationsstruktur haben jedoch mittlerweile alle registrierten *comunidades* übernommen. Trotz gleicher Strukturen werden die internen Führungsfunktionen in den *comunidades nativas* unterschiedlich wahrgenommen: Bei den Awajún beispielsweise nimmt der *jefe* traditionell eine relativ hohe Machtposition ein. Der *jefe* der Asháninka, die in der ethnographischen Literatur als Gesellschaft ohne zentrale Führungsperson beschrieben werden, agiert eher als *primus inter pares*. Er kann folglich nicht allein aufgrund seiner Funktion Entscheidungen mittels Zwang durchsetzen. Vielmehr muss er seine *comunidad* durch Überzeugung und Vertrauen sowie seine Fähigkeit zu

Motivation und Mobilisierung führen (Hvalkof/Veber 2005). Dies bedeutet umgekehrt auch, dass die *comunidad* den *jefe* kaum kontrolliert und rechtswidriges Verhalten nicht immer sanktioniert.

2.3.3 Rondas Campesinas

Die historischen Wurzeln der *rondas campesinas* reichen bis in das ausgehende 19. Jahrhundert zurück, als die Großgrundbesitzer – *hacendados* – unter ihren Landarbeitern bewaffnete Gruppen bildeten, deren Funktion es war, die Hacienden gegen eine Expansion der Nachbarn zu verteidigen und vor Dieben – vor allem vor Viehdieben – zu schützen (Pérez Mundaca 2010). Gleichzeitig mit der Auflösung der Hacienden im Zuge der Agrarreform zwischen 1960 und 1969 wurden auch die *rondas* zunächst abgeschafft.

Die Provinzen Chota, Hualgayoc und Cutervo im *departamento* Cajamarca gelten als die Geburtsstätten der ‘neuen’ *rondas campesinas* im 20. Jahrhundert. Dort hatte sich im Dezember 1976 die lokale Bevölkerung organisiert, um den Viehdiebstahl durch eine Art Bürgerwehr zu bekämpfen (Huber/Guerrero 2006). Angesichts des fehlenden staatlichen Schutzes der Landbevölkerung vor Diebstahl und Übergriffen machte das Beispiel seit Ende der siebziger Jahre Schule und führte über Cajamarca hinaus zur Gründung von *rondas campesinas* in den nördlichen *departamentos* Piura, Lambayeque, Amazonas, La Libertad und Ancash. Um 1990 existierten bereits rund 3.450 *rondas campesinas* im Norden Perus, davon allein 2.362 im *departamento* Cajamarca (Starn 1991).

Von ihrem historischen Vorbild unterscheiden sich die modernen *rondas* in mehreren Punkten:

- Ihre Mitglieder sind keine Landarbeiter, sondern freie Eigentümer landwirtschaftlicher Parzellen bzw. Mitglieder von *comunidades campesinas*.
- Sie sind keine paramilitärischen Gruppen, sie tragen keine Waffen. Ihre interne Ordnung basiert nicht auf Befehl und Gehorsam, sondern auf Regeln der partizipativen Demokratie. Alle Führungspositionen werden durch Wahlen legitimiert, bei denen alle Mitglieder gleiches Stimmrecht haben.
- Ihre Aufgaben sind gesetzlich definiert (*Ley de Rondas Campesinas* No. 27903 von 2003). Hierzu zählt zunächst die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und des kommunalen Friedens.

Der nächtliche Patrouillendienst ist für die volljährigen männlichen Mitglieder Pflicht. Er ist Ausdruck der in der Dorfgemeinschaft geltenden Reziprozität, d.h. der Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung. In Gruppen von fünf bis zehn Männern bewachen die *ronderos* die Ansiedlung. Diejenigen, die Nachtruhe haben, sind verpflichtet, sich am nächsten Turnus der Patrouille zu beteiligen. Darüber hinaus haben die *rondas* Justizfunktionen und kontrollieren die Maßnahmen der Verwaltung hinsichtlich der kommunalen und regionalen Entwicklung.

Eine Variante der *rondas campesinas* sind die 'Selbstverteidigungskomitees' (*Comités de Defensa Civil/Comités de Autodefensa*), deren Gründung zu Beginn der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts vom Militär gefördert wurde. Sie sollten als Hilfstrouppen der *Fuerzas Armadas* und der Polizei, den Terrorismus der Guerillagruppen *Sendero Luminoso* und MRTA (*Movimiento Revolucionario Túpac Amaru*) bekämpfen. Zu diesem Zweck wurden die Dorfbewohner militärisch ausgebildet und bewaffnet. Die guten Erfahrungen der *rondas campesinas* mit der Bekämpfung der Delinquenz sollten nun mit dem 'antisubversiven' Kampf verbunden werden. Nach der Zerschlagung der Guerilla entschieden nahezu alle Selbstverteidigungskomitees, sich zu demilitarisieren und als zivile *rondas campesinas* registrieren zu lassen. Nur wenige behielten ihren paramilitärischen Status bei, wohl weil sie hierin einen Machtvorteil sahen und auf diesem Wege ihre Waffen behalten konnten (Brandt/Franco 2006).

Als *rondas campesinas* werden heute zwei Gruppen von andinen Organisationen bezeichnet, die voneinander zu unterscheiden sind:

- Die 'abhängigen' *rondas campesinas*: Sie bilden spezielle Komitees der *comunidades campesinas* und sind der Vollversammlung und dem Vorstand der *comunidad* unterstellt. Im Rahmen der bereits definierten Aufgaben unterstützen sie die *comunidades* bei der internen Justiz und wirken bei der Lösung von Konflikten mit, die ihren Ursprung in der *comunidad* haben. Die 'abhängigen' *rondas* sind vor allem in den *departamentos* Cuzco, Puno, Ancash, La Libertad und Lambayeque zu finden.
- Die 'unabhängigen' *rondas campesinas* wurden in ländlichen Gebieten gegründet, in denen keine *comunidades campesinas* existieren, insbesondere in den *departamentos* Cajamarca, Piura, Amazonas

und San Martín, aber auch in Ancash, Lambayeque und La Libertad. Weil sie nicht zur Organisationsstruktur der *comunidades campesinas* gehören, werden sie als ‘unabhängig’ bezeichnet. Sie haben die gleichen Aufgaben wie die abhängigen *rondas*, die sie jedoch eigenständig wahrnehmen.

Lange Zeit war umstritten, ob ihre Aktivitäten der Strafverfolgung und Bestrafung von Straftätern durch das zitierte Gesetz von 2003 gedeckt und somit rechtmäßig sind, da der Gesetzestext nur von den *rondas* der *comunidades* spricht. Zahlreiche *ronderos* wurden wegen Freiheitsberaubung und Amtsanmaßung von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt und von staatlichen Gerichten bestraft, weil sie in ihren Dörfern Funktionen der Justiz ausgeübt hatten. Der Oberste Gerichtshof von Peru hat diese Streitfrage im Jahre 2009 durch einen *Acuerdo Jurisdiccional* beendet, mit dem die Justizfunktionen der unabhängigen *rondas* anerkannt und die staatliche Rechtsprechung durch eine neue Doktrin vereinheitlicht wurde (La Rosa Calle/Ruiz Molleda 2010). Die bis dahin angeklagten *ronderos* wurden freigesprochen.

Die *rondas campesinas* zeichnen sich durch eine ausdifferenzierte Organisationsstruktur aus. Höchstes Organ ist die Vollversammlung (*asamblea*). In ihr werden alle wichtigen Angelegenheiten der Dorfgemeinschaft debattiert und entschieden. Alle Führungskräfte werden hier gewählt oder abberufen. Die Vollversammlung evaluiert die Arbeit der Führungskräfte und kontrolliert die Aktivitäten der einzelnen Gruppen von *ronderos*. Ihr ist es vorbehalten, Sanktionen gegen Straftäter zu verhängen. Weniger schwerwiegende Konflikte können jedoch durch den Präsidenten der Ronda geschlichtet werden. Das Leitungsorgan der *ronda* ist der Rat (*junta directiva*), der sich aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und zahlreichen Sekretären zusammensetzt, u.a. für Organisation und lokale Entwicklung, für *campesino*-Justiz, für Schriftverkehr, usw. Die Basiskomitees auf der Ebene der Dörfer oder Ansiedlungen (*caseríos*) sind eingebettet in eine regionale Organisation, die über Komitees auf Distrikt- und Provinzebene bis zur Föderation der *rondas* auf der Ebene des *departamentos* reicht.

In Peru ist häufig zu hören, dass sich der Organisationsgrad der Dorfgemeinschaften abgeschwächt habe. Gitlitz (1998) hat in den neunziger Jahren eine ‘Dekadenz’ der *rondas campesinas* im *departamento* Cajamarca beobachtet. Eigene Interviews des Autors, deren Resultate auch von an-

deren Autoren bestätigt werden (Huber/Guerrero 2006; Muñoz/Acevedo 2007), haben jedoch ergeben, dass die *rondas* ihre Basisfunktionen nach wie vor ausüben und in den letzten Jahren auf lokaler Ebene sogar eine Revitalisierung der *rondas* zu beobachten ist (Gálvez/Serpa 2013). So patrouillieren in den ländlichen Gebieten von Chota und San Marcos/Cajamarca die *rondas* regelmäßig, auch wenn es nur wenige Straftaten gibt. Huber/Guerrero (2006) zitieren einen *rondero*, der hierfür eine plausible Begründung liefert: “Wenn es keine Ronda gibt, kommen die Diebe zurück, denn die Diebe sind auch Ronderos, aus der gleichen Comunidad”. Aufgrund der prekären Lebenssituation vieler *campesinos* sind Diebstähle nur durch gegenseitige soziale Kontrolle zu unterbinden. Die Mitwirkung in der *ronda* wird durch starken sozialen Druck gefördert. Falls sich eine Person nicht an den Aktivitäten beteiligt und auch keine Beiträge bezahlen will, kann sie sozial isoliert werden, was bis zum ‘gesellschaftlichen Tod’ (*muerte civil*) gehen kann. In diesen – selten vorkommenden – Fällen erhalten die ausgegrenzten Personen nicht einmal bei Tod und Beerdigung von Familienangehörigen Unterstützung durch die Dorfgemeinschaft.

2.4 Interessenvertretungen und politische Partizipation von Indigenen und campesinos

2.4.1 Verbände

Anders als in Nachbarländern existiert in Peru keine nationale Interessenvertretung indigener Völker, die die Mehrheit der in Peru lebenden Ethnien repräsentieren würde. Dies wird in der Literatur (z.B. Garcia/Lucero 2007) auf zwei Ursachen zurückgeführt: Einerseits auf die Repression während zweier Dekaden (1980 bis 2000) politisch motivierter Gewalt, die alle zivilen Interessenvertretungen in Mitleidenschaft gezogen hat. Andererseits werden als Ursache die beschriebenen Probleme der Selbstdefinition und der Identität als Indigene genannt. Weitere Gründe sind Eigeninteressen, Divergenzen und Rivalitäten ethnischer Gruppen untereinander sowie ein fehlendes Verständnis von einem allgemeinen Mandat. Feldt und Ströbele-Gregor (2011) weisen darauf hin, dass sich indigene Repräsentanten häufig in erster Linie ihrer eigenen *comunidad* verpflichtet fühlen und weniger der Gesamtheit der Ethnie oder gar ‘aller indigenen Ethnien’. Auf nationaler Ebene werden von den Vertretern dann oft die politischen Interessen anderer Ethnien vernachlässigt. Da wegen des kulturell verankerten Konsensprinzips indigener Gesellschaften Meinungs-

und Richtungsentscheidungen in der Organisation nicht immer durch Mehrheitsvotum entschieden werden und die Existenz von Minderheiten nicht als normaler Teil eines jeden demokratischen Prozesses betrachtet wird, kommt es leicht zur Spaltung von Organisationen (Feldt/Ströbele-Gregor 2011).

Trotz des Fehlens eines schlagkräftigen Dachverbandes aller ethnischen Gruppen Perus existiert eine große Bandbreite indigener Verbände auf lokaler, regionaler und auch nationaler Ebene, die im Folgenden nur cursorisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit beschrieben werden können.

2.4.2 Organisationen der *campesino*-Landarbeiterbewegung

Die ältesten bis heute aktiven politischen Bewegungen der *campesinos* sind die 1947 gegründete Konföderation der *campesinos* von Peru (*Confederación Campesina del Perú*, CCP) und die 1971 zur Durchsetzung der Agrarreform geschaffene Nationale Agrarkonföderation (*Confederación Nacional Agraria*, CNA). Beide sind vor dem Hintergrund der Ungerechtigkeit des Systems des Großgrundbesitzes – der Hacienden – entstanden. Das Thema ‘Agrarreform’ wurde in den vierziger bis siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts von Sozialisten und Kommunisten aufgegriffen. In ihren politischen Konzeptionen transformierten sie die ‘Indios’ zu *campesinos* und zu einem Teil der Arbeiterklasse, deren Arbeitskraft durch das Kapital ausgebeutet würde. Zwischen den Arbeitern städtischer Unternehmen und den Landarbeitern/*campesinos* sollte eine Allianz geschaffen werden (Fernández Fontenoy 2013). Bis zur Phase der politisch motivierten Gewalt 1980-2000 zwischen der Guerilla und den Sicherheitskräften behielten sozialistische, marxistisch-leninistische und maoistische Parteien einen starken Einfluss auf die Organisationen der *campesinos*. Während dieser Zeit, insbesondere der Phase autoritärer Herrschaft durch die Regierung Fujimori (1990-2000), wurden die CCP und die CNA – wie auch die politischen Parteien – empfindlich geschwächt (Bebbington et al. 2011). Zwar regenerierten sie sich seit der Wiedereinführung der Demokratie Ende November 2000, haben aber ihre alte Stärke nicht wieder zurückgewonnen. Heute haben beide Organisationen ihre Identität als Organisationen des Klassenkampfes verloren und definieren sich als Repräsentanten der *campesinos*, die als Produzenten landwirtschaftlicher Produkte verstanden werden, so dass die Unterscheidung zwischen ‘traditionellen’ und ‘neuen’ Interessenvertretungen nur noch für deren Entstehungsgeschichte relevant ist.

2.4.3 Die 'neuen' indigenen Interessenvertretungen

Den so genannten 'neuen' Interessenvertretungen ging es nie um die Vertretung der Indigenen im Klassenkampf, obwohl Kapitalismus und Neoliberalismus auch von ihnen abgelehnt wird. Vielmehr kämpfen sie für die Rechte der *campesinos* und Indigenen auf Anerkennung ihrer kulturellen Identität, auf politische Partizipation, und für die Rechte der Frauen, den Umweltschutz und für die wirtschaftliche Entwicklung der *comunidades* (Bebbington et al. 2011). Darüber hinaus setzen sie sich für den Aufbau eines plurinationalen Staates und die Verwirklichung des *Buen Vivir* ein, d.h. für das Zusammenleben nach ökologischen und sozialen Normen im Einklang mit der Natur und der kulturellen Identität, wie es in der Verfassung von Ecuador gefordert wird. Dem entspricht, dass sie auch für Peru eine Verfassungsreform anstreben, in der die kollektiven Rechte indigener Völker analog zur Verfassung Ecuadors ausgestaltet werden sollen.

- AIDSESEP, Interethnische Vereinigung für Entwicklung im peruanischen Regenwald (*Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva Peruana*):

Die 1980/81 gegründete AIDSESEP ist die bedeutendste Organisation der Ethnien des peruanischen Amazonasgebietes. Im Jahre 2013 sind in ihr 65 Föderationen und 9 regionale Organisationen vereinigt, die 1.500 *comunidades* repräsentieren (650.000 Indigene, 16 linguistische Gruppen). AIDSESEP erhielt 1986 in der Schweiz den alternativen Nobelpreis für ihren Kampf für die Rechte der Amazonasvölker. Obwohl AIDSESEP zu den repräsentativen indigenen Interessenvertretungen zählt, zeigte ein Skandal im Jahre 2012, dass das Handeln ihrer Repräsentanten nicht immer von der Basis gedeckt ist (dies ist ein latentes Problem aller indigenen Dachverbände Perus): Unter der Leitung ihres Präsidenten Alberto Pizango schloss AIDSESEP eine Vereinbarung mit der brasilianischen Erdölgesellschaft Petrobras ab, in der sich AIDSESEP verpflichtet, in den Erdölfördergebieten der Gesellschaft im Amazonasgebiet

[...] harmonische Beziehungen zwischen den Comunidades Nativas [...] und Petrobras zu fördern [...] und die Realisierung und Durchführbarkeit der Aktionen zum Nutzen der Comunidades [...] zu garantieren. (Chirif 2012)

Als Gegenleistung zahlte Petrobras an AIDESEP eine Summe von 200.000 Soles (54.400 Euro). Gleichzeitig stellte AIDESEP die Gesellschaft Petrobras von allen Forderungen frei, verzichtete also auch im Namen der betroffenen *comunidades* auf Rechtsgarantien (Chirif 2012). Repräsentanten von Basisorganisationen kritisierten die Vereinbarung als 'Verrat' an den Amazonasvölkern, denn die betroffenen *comunidades* waren von AIDESEP nicht konsultiert worden.

- CONAP, Konföderation der Nationalitäten des Amazonasgebietes von Peru (*Confederación de Nacionalidades Amazónicas del Perú*): CONAP wurde 1987 in Konkurrenz zu AIDESEP gegründet. Heute sind 40 indigene Föderationen Mitglied der CONAP, die ca. 150.000 Indigene vertreten. Die Organisation gilt im Umgang mit Staat und Unternehmen als konzilianter als AIDESEP.
- CONACAMI, Nationale Konföderation der vom Bergbau geschädigten *Comunidades* (*Confederación Nacional de Comunidades Afectadas por la Minería*): CONACAMI wurde 1999 als Folge eines Umweltkonfliktes in Vicco/ Cerro de Pasco gegründet. Durch Kongresse, nationale Märsche und andere Protestaktionen gelang es CONACAMI, ihre Anliegen auf nationaler Ebene in die politische Debatte einzubringen. Aktuelle Daten über die Zahl der Mitglieder der CONACAMI sind nicht verfügbar.
- CUNARC, Nationale Zentrale der *Rondas Campesinas* von Peru (*Central Única Nacional de Rondas Campesinas del Perú*): CUNARC versteht sich als Interessenvertretung aller *rondas campesinas* Perus. Ihre Vertreter sehen sich als 'Erben der *ayllus*' (Quechua für Dorfgemeinschaften) der Inka und definieren sich deshalb als Teil des indigenen Erbes Perus. Mitgliederzahlen werden von CUNARC nicht veröffentlicht. Offenbar sind in der CUNARC, trotz des allgemeinen Vertretungsanspruches, nicht alle *rondas campesinas* des Landes organisiert.
- Allianzen: AIDESEP, CCP, CNA, CONACAMI und CUNARC haben einen Einheitspakt (*Pacto Unidad*) geschlossen, dem auch andere Organisationen, die hier nicht vorgestellt wurden, angehören.

2.4.4 Politische Partizipation von Indigenen und *campesinos*

Indigene Präsenz in der Legislative

Für die Wahlen zu den Stadträten (*Consejos Municipales*) und den Regionalräten (*Consejos Regionales*) bestimmen die Wahlgesetze (*Ley* No. 27734, *Ley* No. 27683), dass in den Wahlvorschlägen der Parteien in Provinzen, in denen Indigene leben, für diese eine Quote von 15 % der Kandidaten vorzusehen ist. Dies gilt seit einer Entscheidung des nationalen Wahlgerichtes (*Jurado Nacional de Elecciones*) im Jahre 2010 nicht nur für die indigenen Ethnien im peruanischen Amazonasgebiet sondern auch für die *comunidades campesinas* der Anden.

Dieses Modell ist jedoch für die Wahlen zum nationalen Parlament, dem Kongress, nicht vorgesehen. Auf nationaler Ebene sind die Indigenen unterrepräsentiert: In der Legislaturperiode 2011-2016 befanden sich unter den 130 Abgeordneten nur drei, die sich als Indigene definieren. Diese geringe Zahl entspricht in keiner Weise dem hohen demographischen Anteil derjenigen, die eine indigene Sprache sprechen (Villanueva Montalvo 2012).

Indigene Partizipation in der Exekutive

Der Versuch einer Einbeziehung von Vertretern der Indigenen in die Arbeit der Exekutive war bisher ebenfalls wenig erfolgreich. Im Jahre 2005 wurde von der Regierung das INDEPA geschaffen (*Instituto Nacional de Desarrollo de los Pueblos Andinos, Amazónicos y Afroperuanos*), um die staatliche Politik zur Förderung der indigenen Völker zu entwickeln. Ein mit indigenen Repräsentanten besetzter Direktionsrat sollte die Institution dabei unterstützen. Leider hatte die Regierung kein konsistentes Konzept zur Einbindung von INDEPA in die Gestaltung der Politik entwickelt. Die Organisation wurde zwischen 2007 und 2011 viermal reorganisiert und verschiedenen Ministerien unterstellt, bis sie in eine Abteilung des Vizeministeriums für Interkulturalität des Kulturministeriums umgewandelt wurde (Abanto 2011).

Literaturverzeichnis

- ABANTO, Alicia (2011): “La institucionalidad indígena en el Perú”. In: *Revista Argumentos*, Año 5, No. 4. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP). <<http://servindi.org/actualidad/52455>> (15.04.2015).
- BANCO INTERAMERICANO DE DESARROLLO (BID) (2007): *Proyecto de Catastro, Titulación y Registro de Tierras Rurales en el Perú – Tercera Etapa (PTRT-3) - PE-L1026*. Lima: Organismo de Formalización de la Propiedad Informal (COFOPRI). <<http://www.iadb.org/es/proyectos/project-information-page,1303.html?id=PE-L1026>> (19.07.2013).
- BEBBINGTON, Anthony/SCURRAH, Martin/BIELICH, Claudia (2011): *Los movimientos sociales y la política en el Perú*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP)/Centro Peruano de Estudios Sociales (CEPES)/Grupo Propuesta Ciudadana (GPC).
- BRANDT, Hans-Jürgen (Hg.) (2013): *Cambios en la justicia comunitaria y factores de influencia*. Serie Justicia comunitaria en los Andes: Perú y Ecuador, Volumen 9. Lima: Instituto de Defensa Legal (IDL). <<http://www.brandt-hm.de/publicaciones.html>> (15.08.2014).
- BRANDT, Hans-Jürgen/Franco Valdivia, Rocío (Hg.) (2006): *El tratamiento de conflictos, Un estudio de actas en 133 comunidades*. Serie Justicia comunitaria en los Andes: Perú y Ecuador, Volumen 1. Lima: Instituto de Defensa Legal (IDL). <<http://www.brandt-hm.de/publicaciones.html>> (15.08.2014).
- (2007): *Normas, valores y procedimientos en la justicia comunitaria, estudio cualitativo en Comunidades Indígenas y Campesinas de Ecuador y Perú*. Serie Justicia comunitaria en los Andes: Perú y Ecuador, Volumen 2. Lima: Instituto de Defensa Legal (IDL). <<http://www.brandt-hm.de/publicaciones.html>> (15.08.2014).
- CASTILLO FERNÁNDEZ, Marlene (2004): “Comunidades campesinas del Perú: más cantidad, menos comunidad y más diversidad, en el último medio siglo”. In Laos F., Alejandro (Hg.): *Las comunidades campesinas en el siglo XXI, situación actual y cambios normativos*. Lima: Grupo Allpa.
- CHIRIF, Alberto (2012): “Perú: Aidesep, una crisis de principios”. In: *Servicios en Comunicación Intercultural, SERVINDI*, Lima, 10.11.2012. <<http://servindi.org/actualidad/76564>> (19.07.2013).
- COMISIÓN DE LA VERDAD Y RECONCILIACIÓN (CVR) (2003): *Informe Final, Conclusiones Generales*. Lima: CVR. <<http://www.cverdad.org.pe/ifinal/index.php>> (10.05.2013).
- CORTE INTERAMERICANO DE DERECHOS HUMANOS (CORTE IDH) (2001): *Caso de la Comunidad Mayagna Awas Tingni vs. Nicaragua. Sentencia 31.8.2001*. San José: Corte Interamericana de Derechos Humanos (Corte IDH). <http://www.corteidh.or.cr/docs/casos/articulos/Seriec_79_esp.pdf> (15.08.2014).
- DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT GMBH (GTZ) (Hg.) (2004): *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn: GTZ.
- FELDT, Heidi/STRÖBELE-GREGOR, Juliana (2011): *Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika: Indigene Völker und Konflikt*. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GTZ), Programm: Stärkung indigener Organisationen in Lateinamerika, PROINDIGENA.
- FERNÁNDEZ FONTENOY, Carlos (2013): “Lo indio, indigenismo y movimiento campesino en el Perú”. In: *Panorama* 7, 12, S. 190-207.

- GÁLVEZ RIVAS, Aníbal/SERPA ARANA, Cecilia (2013): "Apuntes sobre la historia del movimiento rondero: ¿nueva etapa de revitalización?". In: Gálvez Rivas, Aníbal/Serpa Arana, Cecilia (Hg.): *Justicia intercultural en los países andinos: contribuciones para su estudio*. Lima/Quito/La Paz: Instituto de Defensa Legal (IDL)/Centro sobre Derecho y Sociedad (CIDES)/Red Participación y Justicia, S. 3-84. <<http://www.justiciaviva.org.pe/publica/justicia-intercultural.pdf>> (15.08.2014).
- GARCÍA, María Elena/LUCERO, José Antonio (2007): "Sobre indígenas y movimientos: reflexiones sobre la autenticidad indígena, los movimientos sociales y el trabajo de campo en el Perú contemporáneo". In: Cadena, Marisol de la (Hg.): *Formaciones de indianidad, articulaciones raciales, mestizaje y nación en América Latina*. Popayán: Envión, S. 319-390.
- GITLITZ, John (1998): "Decadencia y supervivencia de las rondas campesinas del norte del Perú". In: *Debate Agrario* 28, S. 25-53.
- GOLTE, Jürgen (2001): *Cultura, racionalidad y migración andina*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP).
- (2011): "El Convenio 169 de la OIT, la Constitución peruana y la Ley de Consulta Previa". In: *Revista Argumentos*, 5, 5, o.S. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP). <<http://red.pucp.edu.pe/ridei/files/2012/08/120805.pdf>> (15.04.2015).
- HUBER, Ludwig/GUERRERO, Juan Carlos (2006): *Las Rondas Campesinas de Chota y San Marcos, Análisis de las prácticas de justicia rondera*. Cajamarca: Programa de Acceso a la Justicia en Comunidades Rurales (PROJUR).
- HURTADO POZO, José (2001): "El indígena ante el derecho penal: El caso peruano". In: Moreno Hernández, Moisés (Hg.): *La ciencia penal en el umbral del siglo XXI*. México, D.F.: Centro de Estudios de Política Criminal y Ciencias Penales Jus Poenale, S. 29-45.
- HVALKOF, Søren/VEBER, Hanne (2005): "Los Ashéninka del Gran Pajonal". In: Santos, Fernando/Barclay, Frederica (Hg.): *Guía Etnográfica de la alta Amazonía*, Volumen v. Balboa/Lima: Smithsonian Tropical Research Institute/Instituto Francés de Estudios Andinos, S. 75-279.
- INSTITUTO NACIONAL DE ESTADÍSTICA E INFORMÁTICA (INEI) (2008): *Censos Nacionales 2007: XI Población y VI de Vivienda. Perfil sociodemográfico del Perú*. Lima: INEI.
- (2009): *Censos Nacionales 2007: XI Población y VI de Vivienda. Resultados definitivos de las Comunidades Indígenas, resumen ejecutivo*. Lima: INEI.
- (2012a): *Perú: Perfil de la Pobreza por Dominios Geográficos, 2004-2011*. Lima: INEI.
- (2012b): *Evolución de la pobreza monetaria 2007-2012*. Lima: INEI.
- LA ROSA CALLE, Javier/RUIZ MOLLEDA, Carlos (Hg.) (2010): *La Facultad Jurisdiccional de las Rondas Campesinas, comentarios al Acuerdo Plenario de la Corte Suprema que reconoce facultades jurisdiccionales a las rondas campesinas*. Lima: Instituto de Defensa Legal (IDL).
- MUÑOZ, Paula/ACEVEDO, Ángela (2007): *La justicia local en Chota y San Marcos, Cajamarca*. Cajamarca: Programa de Acceso a la Justicia en Comunidades Rurales (PROJUR).
- PAREDES PIQUÉ, Susel (2005): *Invisibles entre sus árboles*. Lima: Flora Tristán.
- PÉREZ MUNDACA, José (2010): *Montoneras, bandoleros y rondas campesinas (Violencia política, abigeato y autodefensa en Cajamarca 1855-1990)*. 2. Aufl. Cajamarca: Editora Gráfica del Norte.

- RATHGEBER, Theodor (2004): "Indigene Völker und Landrechte". In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) (Hg.): *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn: GTZ, S. 61-76. <<http://www2.gtz.de/dokumente/bib/04-0306.pdf>> (15.08.2014).
- SPEISER, Sabine (2004): "Indigene Völker in Städten: präsent und doch nicht wahrgenommen". In: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ) (Hg.): *Indigene Völker in Lateinamerika und Entwicklungszusammenarbeit*. Eschborn: GTZ, S. 169-188. <<http://www2.gtz.de/dokumente/bib/04-0306.pdf>> (15.08.2014).
- STARN, Orin (1991): *Con los llanques todo barro. Reflexiones sobre Rondas Campesinas, Protesta Rural y Nuevos Movimientos Sociales*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos (IEP).
- VILLANUEVA MONTALVO, Aída (2012): "En torno a la representación especial indígena en el Perú: percepción de líderes indígenas y características del modelo peruano". In: *Debates en Sociología* No. 37. Lima: Departamento de Ciencias Sociales de la Pontificia Universidad Católica del Perú (PUCP), S. 43-76.
- WEBB, Richard (2013): *Conexión y desequilibrio rural*. Lima: Universidad de San Martín de Porres Fondo Editorial.